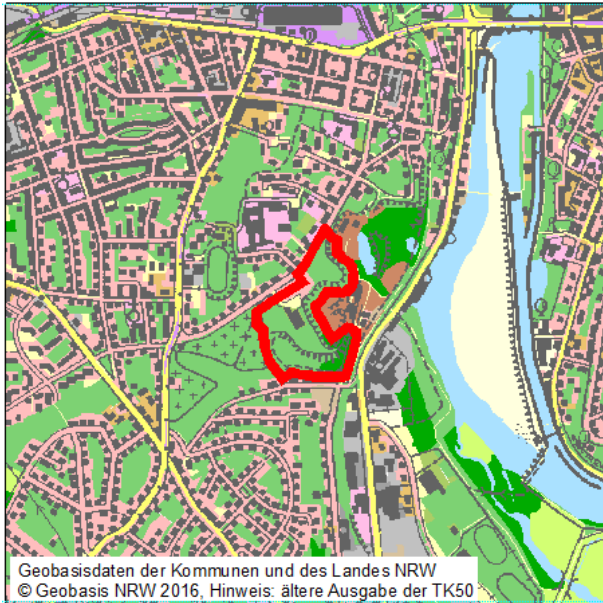
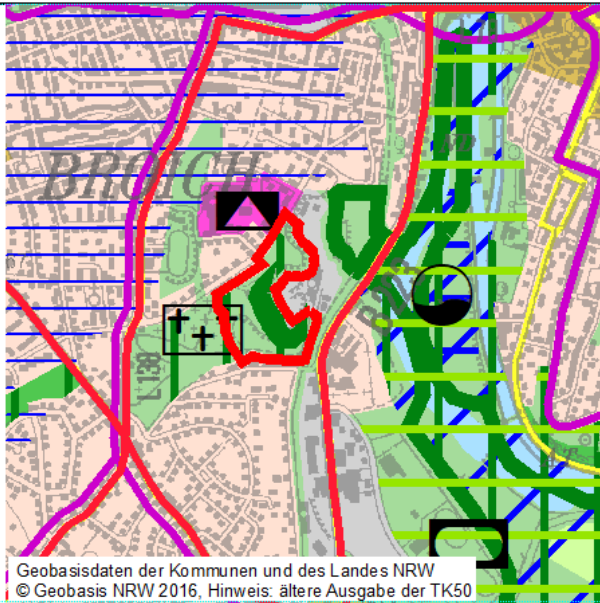
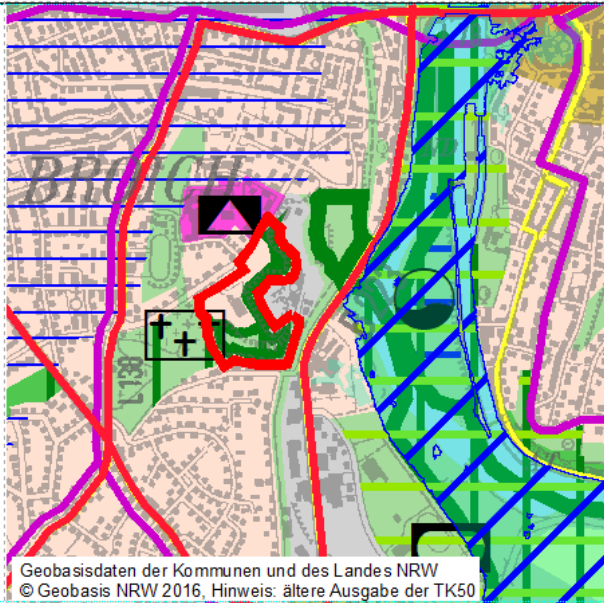


Änderung des RFNP, Teil B der Begründung: Umweltbericht

| | | | | | | | | |
|--|-------------------------|--|--------------------------|--|--------------|----------------------|--|---------|
| Änderung-Nr.: | | 45 MH | Gemeinde: | Mülheim a. d. Ruhr | Lage: | Holzstraße | Flächengröße: | 6,3 ha |
| Realnutzung: | Grünfläche | 5,0 ha | RFNP-Darstellung: | Grünfläche / Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich | 6,3 ha | RFNP-Änderung | Wohnbaufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) | 2,1 ha |
| | Wald | 0,6 ha | | | | | | |
| | Wohnbaufläche | 0,2 ha | | | | | | |
| | Spiel- und Sportanlagen | 0,3 ha | | | | | | |
| | Sonstige Verkehrsfläche | 0,2 ha | | (Bereich zum Schutz der Natur (BSN) | 3,0 ha) | | Grünfläche / Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) | 4,2 ha |
| | | | | (Bereich zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE) | 2,7 ha) | | (Bereich zum Schutz der Natur (BSN) | 4,2 ha) |
| Ausschnitt Realnutzungskartierung M 1:25.000 | | | | Ausschnitt Plankarte RFNP M 1:25.000 | | | Ausschnitt Plankarte RFNP-Änderung M 1:25.000 | |
|  | | | |  | | |  | |
| <small>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</small> | | | | <small>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</small> | | | <small>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</small> | |
| Veranlassung, Methodik | | <p>Die Umweltprüfung erfolgt entsprechend der für den RFNP anzuwendenden rechtlichen Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB) und des Raumordnungsgesetzes (ROG) in der jeweils geltenden Fassung. Des Weiteren sind für die Umweltprüfung die Durchführungsverordnung (DVO) zum Landesplanungsgesetz (LPiG) und entsprechende umweltrelevante Fachgesetze anzuwenden.</p> <p>Gegenstand der Umweltprüfung ist die Ermittlung und Beschreibung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter sowie auf weitere Umweltbelange durch die Darstellungen und Festlegungen der vorgesehenen RFNP-Änderung. Hierbei ist der Umweltzustand, seine Entwicklung bei Nichtdurchführung sowie bei Durchführung der Planung einschließlich Alternativen bzw. anderweitige Planungsmöglichkeiten zu beurteilen. Die Verpflichtung zur Berücksichtigung von Vermeidung und Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) gemäß § 1 a Abs. 3 BauGB ist in die Umweltprüfung integriert, ebenso wie die Überprüfung relevanter weiterer</p> | | | | | | |

| | |
|--------------------------------------|--|
| | <p>Umweltbelange (z.B. FFH- und Artenschutz, Seveso III etc.). Die in Anlage 1 zum BauGB unter 2 b) einschließlich der dort unter den Buchstaben aa) bis hh) aufgeführten Anforderungen werden - sofern zutreffend und für diese Planungsebene relevant - einzelfallbezogen jeweils bei den einzelnen Schutzgütern mit abgehandelt.</p> <p>Die Umweltprüfung der vorliegenden Änderung des RFNP erfolgt auf der Grundlage einheitlicher Bewertungskriterien und Datengrundlagen, die im Rahmen der Aufstellung des RFNP entwickelt und bei Bedarf fortgeschrieben werden. Die Inhalte und Ergebnisse der Umweltprüfung werden in diesem Umweltbericht, der Bestandteil der Begründung zur RFNP-Änderung ist, steckbriefartig dokumentiert.</p> <p>Zur Vorbereitung der Umweltprüfung wurde ein sog. Scoping zur Abstimmung des Umfangs und des Detaillierungsgrades der Umweltprüfung mit den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie Personen des Privatrechts durchgeführt (schriftlich, 2020). Die hier gegebenen Anregungen haben - soweit sinnvoll und möglich - Eingang in die Umweltprüfung bezüglich des Untersuchungsrahmens bzw. -umfangs sowie bei der Festlegung des Untersuchungsraumes gefunden.</p> <p>Der Untersuchungsraum umfasst die Änderungsfläche sowie das Umfeld, je nach Relevanz für die jeweiligen Schutzgüter bis zu einer Entfernung von 1.600 m.</p> |
| Beschreibung des Plangebietes | <p>Der insgesamt ca. 6,3 ha umfassende Änderungsbereich befindet sich im Stadtteil Broich, westlich des Steinbruchs Rauen und östlich des Broicher Friedhofs und schließt südlich an den Broicher Siedlungsbereich an. Der Änderungsbereich weist im Nordwesten größtenteils eine bauliche Vorprägung auf und umfasst hier im Wesentlichen Flüchtlingsunterkünfte auf früheren Sportflächen (Minigolfanlage, Tennisaußenfelder), eine ehemalige Tennishalle mit Parkplatz und eine Kleingartenanlage. Bei der Errichtung der Flüchtlingsunterkünfte wurden die Minigolfanlage und die Tennisaußenfelder vollständig abgetragen. In der Realnutzungskartierung wurde der Bereich der geplanten Wohnbaufläche noch fast vollständig als Grünfläche erfasst. Tatsächlich ist aber bereits mehr als die Hälfte dieses Bereiches in der Örtlichkeit durch die ehemalige Tennishalle mit Parkplatz und die Flüchtlingsunterkünfte versiegelt. Der vorliegende Ausschnitt der Realnutzungskartierung ist also zu relativieren.</p> <p>Da die Flüchtlingsunterkünfte und die ehemalige Tennishalle nicht mehr benötigt werden, soll der Broicher Siedlungsbereich durch diese Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans (RFNP) durch eine wohnbauliche Entwicklung nach Süden erweitert werden.</p> <p>Im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan ist der Änderungsbereich als Grünfläche /Allgemeine Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) dargestellt / festgelegt. Der AFAB ist im Osten überlagert durch die Festlegung Bereich zum Schutz der Natur (BSN) und im Westen durch die Festlegung Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE).</p> <p>Der östliche Abschnitt des Änderungsbereiches ist Teil eines im Landschaftsplan festgesetzten Naturschutzgebietes.</p> |
| Beschreibung des Vorhabens | <p>Die RFNP-Änderung soll die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die zukünftig vorgesehene wohnbauliche Entwicklung schaffen. Da sich die geplante Nutzung nicht aus den gegenwärtigen Darstellungen und Festlegungen des RFNP entwickeln lässt, sind diese im nordwestlichen Bereich in Wohnbaufläche / ASB zu ändern. Die verbleibende Grünfläche / AFAB im östlichen Änderungsbereich soll als Grünzäsur zwischen der zukünftigen Wohnbaufläche / ASB und der bestehenden Gewerblichen Baufläche / ASB des Steinbruchs im RFNP gesichert bleiben.</p> <p>Die Grünzäsur ist Teil des im Landschaftsplan festgesetzten Naturschutzgebietes. Mit der teilweisen Rücknahme der Grünfläche / AFAB entfallen hier auch die überlagernden Festlegungen BSN und BSLE im baulich vorgeprägten Teil des Änderungsbereichs. Der BSN wird im Bereich der nordwestlich geplanten Wohnbaufläche / ASB auf seine in der Örtlichkeit tatsächlich vorhandene Breite zurückgenommen. Gleichzeitig erfolgt eine Ausweitung des BSN in anderen Bereichen. Das bestehende Naturschutzgebiet des Mülheimer Landschaftsplans war bisher im RFNP nur teilweise als BSN festgelegt. Durch die vorgesehene Ausweitung des BSN im Südwesten und Nordosten des Änderungsbereichs erfolgt somit eine Angleichung von Landschaftsplan und RFNP auf der regionalplanerischen Maßstabsebene. Der bestehende BSN des wirksamen RFNP umfasst ca. 3,0 ha. Der geplante BSN umfasst ca. 4,2 ha, somit ergibt sich durch die skizzierte Rücknahme und Ausweitung des BSN ein positiver Saldo von 1,2 ha. Mit der Ausweitung des BSN geht parallel dazu die dortige Rücknahme des BSLE einher.</p> |
| Ziele des Umweltschutzes | <p>In Kapitel 3 des Umweltberichtes zum RFNP (i. d. F. der Bekanntmachung) sind die wesentlichen umweltrelevanten Zielvorgaben beschrieben, die auch für die Änderungen des RFNP von Belang sind. Zusätzlich zu den in Kap. 3 des Umweltberichtes genannten Zielvorgaben ist gemäß §1a (5) BauGB den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel Rechnung zu tragen. Zu den umweltrelevanten Zielen und Grundsätzen des am 08.02.2017 in Kraft getretenen Landesentwicklungsplans NRW sowie der Verordnung zur Änderung der Verordnung über den</p> |

| | Landesentwicklungsplan (in Kraft treten am 06.08.2019) wird auf Teil A der Begründung zu dieser RFNP Änderung verwiesen. Die Ziele des Umweltschutzes auf Ebene der EU, des Bundes, des Landes und der Kommunen in der jeweils aktuellen Fassung haben im Rahmen der folgenden Schutzgutprüfungen Eingang in die Bewertungskriterien und Beurteilungsgrundlagen gefunden. Diese sind damit Grundlage der Bewertung der Umweltauswirkungen bei den einzelnen Schutzgütern. | | |
|--|---|--|-----------------------------------|
| Schutzgüter | Ist-Zustand der Umwelt Bestand | Auswirkungen der Planung Planung | Bewertung der Umwelt-auswirkungen |
| Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft | BSN / BSLE-Darstellungen des RFNP (Landschaftsrahmenplan): BSN (3,0 ha) und BSLE (2,7 ha) betroffen | Die BSN-Festlegung wird oberhalb der Abbaukante/Felswand auf die aktuelle NSG-Grenze zurückgenommen, im südlichen und nordöstlichen Änderungsbereich erfolgt eine Ausweitung der BSN-Festlegung. Insgesamt vergrößert sich das BSN von 3,0 ha auf 4,2 ha. Die BSLE-Festlegung wird vollständig zurückgenommen, im Süden zugunsten einer BSN-Darstellung, im Norden Änderung in ASB. Insgesamt wird für knapp 2 ha der Bereichsschutz (BSN/BSLE) zugunsten der ASB-Festlegung aufgehoben. Auswirkungen: erheblich. | erheblich |
| | Darstellungen des Landschaftsplans: Teilflächen im Geltungsbereich des Landschaftsplans. Entwicklungsraum 9.5 Steinbruch Rauen; Entwicklungsziel 9 - Sicherung und Entwicklung von Lebensstätten. Entwicklungsraum 7.11 Friedhof an der Prinzeß-Luise-Straße; Entwicklungsziel 7 - Beibehaltung der Funktion. NSG 2.1.2.5 „Steinbruch Rauen“ betroffen. LSG 2.2.2.8 „Friedhof am Heubach“ angrenzend. | Verkleinerung des Geltungsbereichs des Landschaftsplans (sonstiger Geltungsbereich), Rücknahme Entwicklungsraum 7, Auswirkungen aufgrund der Betroffenheit der Entwicklungsziele erheblich, Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich im nachgelagerten Verfahren berücksichtigen. | |
| | Schutzstatus: NSG 2.1.2.5 „Steinbruch Rauen“ betroffen. Festsetzung als NSG erfolgt gemäß § 20 a), b) und c) LG, insbesondere - wegen der wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen, erdgeschichtlichen und landeskundlichen Bedeutung des Aufschlusses, - zur Erhaltung und zur Entwicklung des Steinbruches als Ersatzlebensraum zahlreicher an sehr trockene oder sehr feuchte oder sehr warme Standorte gebundene, in Nordrhein-Westfalen bedrohter oder gefährdeter Tier- und Pflanzenarten oder Pflanzengemeinschaften; - wegen der regionalen Bedeutung des mit einer hohen strukturellen Vielfalt an verschiedenartigen Lebensräumen ausgestatteten Biotopkomplexes; - wegen des Vorkommens zahlreicher, in Nordrhein-Westfalen gefährdeter oder bedrohter Tier- und Pflanzenarten und Pflanzengesellschaften Westlich angrenzend: LSG „Friedhof am Heubach“ | Grundfläche des NSG nicht betroffen. Erhöhte Störeffekte auf das NSG auf der vorbereitenden Ebene noch nicht abschätzbar. Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich sind im nachgelagerten Verfahren zu berücksichtigen. | |

| | | | |
|--|--|---|--|
| | Biotopverbund: Teilflächen befinden sich in einem Biotopverbundsystem der Stufe 1 mit herausragender Bedeutung (LANUV Biotopkataster / RFNP UB, Themenkarte 2). Die Flächen stellen Kernflächen der 1. Ordnung dar. Wertbestimmend ist der gesamte Biotopkomplex mit seinem Buchenwaldrest sowie dem Bachlauf in einer für die Region typischen Talform. Entwicklungsziel: Entwicklung naturnaher Wälder aus bodenständigen Gehölzbeständen mit Altholz- und Totholzanteilen. | Die Biotopverbundfläche wird vollständig in die erweiterte BSN-Darstellung übernommen. Erhöhte Störeffekte auf die für den Biotop- und Artenschutz essentiellen Verbundflächen sind auf der vorbereitenden Planebene noch nicht abschätzbar. Auswirkungen auf die kartierte Verbundfläche sind nicht erheblich (kein Flächenverlust), Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich sind im nachgelagerten Verfahren aufgrund der herausragenden Bedeutung des Verbundes zu berücksichtigen. | |
| | Planungsrelevante Arten: Im Umfeld sind Vorkommen zahlreicher planungsrelevanter Arten (Fledermäuse, Vögel, Amphibien, Reptilien) bekannt. Konkrete Nachweise zu Lebensstätten verfahrenskritischer Arten innerhalb des Änderungsbereiches wurden nicht erhoben. Derzeitige Vegetations- und Nutzungsstrukturen bieten potenziellen Lebensraum für verfahrenskritische Arten. | ASP1 liegt vor. Aufgrund der derzeitigen Vegetations- und Nutzungsstrukturen und dem Vorkommen planungsrelevanter Arten im Umfeld können artenschutzrechtliche Konflikte nicht vollständig ausgeschlossen werden. Es ist aber davon auszugehen, dass im Rahmen nachgelagerter Planungs- und Zulassungsverfahren eine artenschutzkonforme Konfliktlösung ggf. unter Einbeziehung von Vermeidungs- bzw. vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen möglich ist. Vertiefende Untersuchungen v.a. zu den Tiergruppen Fledermäuse, Vögel, Reptilien und Amphibien sind im nachgelagerten Verfahren erforderlich. | |
| | Wald: Der südliche und östliche Änderungsbereich wird von schutzwürdigen Waldbeständen eingenommen. Die Bestände setzen sich aus mittelaltem Buchenwald sowie aus Resten von mittelaltem Buchen- und Eichen-Hainbuchenwald zusammen. Die Bestände sind aufgrund ihrer naturschutzfachlichen Bedeutung als NSG festgesetzt und befinden sich im LANUV-Biotopverbundsystem. Eine detaillierte Abgrenzung von Wald ist im nachfolgenden Planverfahren vom Regionalforstamt Ruhr vorzunehmen. | Die Waldbestände werden vollständig in die BSN-Festlegung übernommen. Auswirkungen nicht erheblich, Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich im nachgelagerten Verfahren sind zu berücksichtigen. | |
| | Ökologisches Potenzial: Der Änderungsbereich besitzt aufgrund seiner Biotopausstattung, hohen strukturellen Vielfalt, Bodenverhältnisse und Topografie/Exposition sowie aufgrund des Umfeldes (Steinbruch Rauen, Waldbestände, Friedhof) hohes ökologisches Potenzial als Lebensraum für besonders und streng geschützte Tier- und Pflanzenarten bzw. gefährdeten Pflanzengesellschaften. Die Flächen haben hohes Potenzial zum Erhalt und zur Stärkung des Biotopverbundes zwischen Ruhraue und Broich-Speldorfer Wald. | Verlust einer rund 2 ha großen Fläche mit hohem ökologischen Potenzial innerhalb des herausragenden Biotopverbundes zwischen Ruhraue und Broich-Speldorfer Wald. Auswirkungen: erheblich. Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich im nachgelagerten Verfahren sind zu berücksichtigen. | |
| | Regionaler Grünzug im RFNP: nicht betroffen | keine Auswirkungen | |
| | Unzerschnittene verkehrsarme Räume (LANUV 2015): nicht betroffen | keine Auswirkungen | |

| | | | |
|---------------|--|---|-----------|
| | Freiflächenverbund: - Kulisse Emscher Landschaftspark 2010 /2020+: - Kulisse Masterplan emscherzukunft: - Kommunaler Freiflächenverbund (Themenkarte 2 RFNP): - Kommunale Freiraumentwicklungskonzepte: Der Änderungsbereich liegt vollständig im kommunalen Freiflächenverbund. Die Kulisse Emscher Landschaftspark/emscherzukunft ist nicht betroffen. | Der Übergang zwischen Freiraum und baulich geprägten Bereichen hat besondere Bedeutung. Die Festlegung als ASB verfestigt die baulichen Störungen im Freiraum und steht dem Zusammenwachsen von Grünbereichen und Freiräumen zu Grünkorridoren (RFNP-Grundsätze 1 und 31) entgegen. Trotz Sicherung des BSN sind die Auswirkungen aufgrund der Betroffenheit des kommunalen Freiflächenverbundes (ca. 2 ha) und der Verfestigung baulicher Strukturen südlich der Holzstraße erheblich. | |
| | Ausgleichsflächen: nicht betroffen | keine Auswirkungen | |
| | Landschaftsbild: Gemäß LANUV-Landschaftsbildeinheiten befindet sich der Bereich in einer „Ortslage/Siedlung“, angrenzend an einen Landschaftsraum mit sehr hohem Wert des Landschaftsbildes. Dem Änderungsbereich mit Waldbeständen, ausgeprägter Talform und Felsformation kommt eine hohe Vielfalt, Eigenart und Schönheit zu. Aus dem südlichen Änderungsbereich ergeben sich weite Blickbeziehungen. Der nördliche Änderungsbereich ist durch Kleingärten, Wiese und bauliche Strukturen geprägt. | Aufgrund der BSN-Festlegung im südlichen Änderungsbereich und Erhalt der prägenden Strukturen sind keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten. | |
| | Erholung: Teilflächen im Nordosten werden als Kleingärten genutzt, diesen Flächen in Randlage der Bebauung kommt Bedeutung für die Abend- und Wochenenderholung zu. Der nordwestliche Änderungsbereich wurde vor der temporären Nutzung für Flüchtlingsunterkünfte als Sport- und Bewegungsflächen (Tennis, Minigolf) genutzt. Im südlichen Sportgelände befand sich ein Aussichtspunkt mit weiten Blickbeziehungen in das Ruhrtal. Angrenzend befindet sich ein Friedhof als Grün- und Erholungsfläche. | Auswirkungen auf die natur-/landschaftsorientierte Erholung werden aufgrund des Wegfalls der BSLE-Festlegung als erheblich eingestuft. Die Bewertung der Betroffenheit von Naherholungs-, Sport- und Bewegungsflächen erfolgt unter Schutzgut Mensch, Gesundheit, Bevölkerung. | |
| Fazit | Die Auswirkungen auf das Schutzgut sind insbesondere wegen der Betroffenheit von Bereichen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung, möglichen Auswirkungen auf besonders und streng geschützte Tier- und Pflanzenarten und dem hohen ökologischen Potenzial des Änderungsbereichs als erheblich einzustufen. Maßnahmen zur Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich im nachgelagerten Verfahren sind erforderlich. | | |
| Fläche | Größe (ha) und Art der realen Flächennutzung: Grünfläche: 5,0 ha, Wald: 0,6 ha, Wohnbaufläche: 0,2 ha Gemeinbedarfsfläche: 0,3 ha (brachgefallene Tennis- und Minigolfanlage, die zwischenzeitlich für die | Wohnbaufläche 2,1 ha, Grünfläche 4,2 ha Wiedernutzung einer vormals genutzten Fläche im Sinne der Bodenschutzklausel | erheblich |

| | | | |
|--------|--|--|-----------|
| | Flüchtlingsunterbringung genutzt wurde.) Sonstige Verkehrsfläche: 0,2 ha | Umwandlung von Grünflächen und vormals genutzten Flächen zu Wohnbauflächen Entgegen der Realnutzungskartierung ist die geplante Wohnbaufläche aber tatsächlich bereits mehr als zur Hälfte durch die ehemalige Tennishalle mit Parkplatz und die Flüchtlingsunterkünfte versiegelt. | |
| Fazit | Die Änderung dient insbesondere der Entwicklung neuer Wohnbauflächen auf ehemaligen Sport- und Erholungsflächen, die zwischenzeitlich für die Flüchtlingsunterbringung genutzt wurde. Sie dient der Reaktivierung von Brachflächen, da bereits baulich geprägte und versiegelte Flächen am Rande des Siedlungszusammenhangs wiedergenutzt werden. Es handelt sich um eine Maßnahme der Innenentwicklung im Sinne des Freiraumschutzes. Aufgrund der Neubeanspruchung von Grünflächen sind die Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche hinsichtlich des Flächenverbrauchs aber insgesamt erheblich. | | |
| Boden | Schutzwürdige Böden: Im nördlichen Planbereich (Nutzung als Kleingartenanlage) liegen keine konkreten Informationen über die Schutzwürdigkeit der Böden aus Bodenuntersuchungen vor. Die übrigen Bereiche der vorgesehenen Planänderungen sind durch vorhandene Nutzungen überprägt, so dass von einer Schutzwürdigkeit der Böden in diesen Bereichen nicht auszugehen ist. | Bei Nutzungsänderungen ist der Schutzstatus im nördlichen Planänderungsbereich zu untersuchen. Grundsätzlich ist die Flächeninanspruchnahme zu minimieren und der Erhalt der Bodenfunktionen vorzuziehen. Für die Bereiche, in denen zukünftig eine Überbauung/Versiegelung geplant ist, sind im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren Bodenuntersuchungen erforderlich. Auf dieser Grundlage sind Erfordernis und Umfang von Ausgleichsmaßnahmen abzuleiten. | erheblich |
| | Bodenbelastungen: Im Altlastenkataster und aus Bodenuntersuchungen liegen z. T. konkrete Hinweise auf teilweise mehrere Meter mächtige Altablagerungen mit technogenen Beimengungen, diese insbesondere im westlichen und im östlichen Bereich der vorgesehenen Planänderung, vor. | Bei Nutzungsänderungen hin zu sensibleren Nutzungen ist im Vorfeld der Planung eine Gefährdungsabschätzung vorzunehmen. Auf dieser Grundlage kann dann über die Erfordernis und den Umfang von Sanierungs- bzw. Sicherungsmaßnahmen entschieden werden. | |
| | Sonstiges: Keine Hinweise auf sonstige Verdachtsflächen | keine Auswirkungen | |
| | Schutzwürdige Geotope: Nicht vorhanden (angrenzend an das Plangebiet befindet sich ein schutzwürdiges Geotop) | keine Auswirkungen | |
| Fazit | Konkrete Hinweise auf Altablagerungen liegen für den westlichen und östlichen Änderungsbereich vor. Im nördlichen Planbereich könnten schutzwürdige Böden betroffen sein. Die Auswirkungen auf das Schutzgut Boden wurden deshalb als erheblich eingestuft. Im Hinblick auf die gesetzlichen Anforderungen sind durch Sachverständigenuntersuchungen und -bewertungen die Grundlagen für eine abschließende Stellungnahme durch die Untere Bodenschutzbehörde vorzulegen. | | |
| Wasser | Oberflächengewässer: Innerhalb des Plangebiets sind keine Oberflächengewässer vorhanden; der Heubach verläuft an der südlichen Grenze des Plangebietes. | Bei einer zukünftigen Bebauung muss mittels der Entwässerungsplanung dafür gesorgt werden, dass es nicht zu einer Verschlechterung des ökologischen und chemischen Gewässerzustands kommt. Weiterhin müssen Einflüsse auf die natürliche Grundwasserneubildung im Gebiet vor Ort funktional ausgeglichen werden. Außerdem muss bei einer zukünftigen Bebauung dafür gesorgt werden, dass unterirdisch in Richtung Vorfluter abfließendes Grund- und Schichtenwasser durch die Bebauung nicht aufgestaut oder umgeleitet wird, sondern schadlos in Richtung des natürlichen Vorfluters abfließen kann. Die hydrogeologischen Verhältnisse im Gebiet müssen daher im | erheblich |

| | | | |
|--------------|---|---|-----------|
| | | Voraus untersucht und erfasst werden. Im Anschluss muss die Bebauung so angepasst werden, dass den vorgenannten Vorgaben entsprochen wird. | |
| | Quellgebiete: An der südwestlichen Plangebietsgrenze außerhalb des Plangebiets verläuft ein Kerbtal Richtung Heubach. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich hier ein Quellgebiet befindet. | Handlungen im Plangebiet könnten zu einer Beeinträchtigung des Quellgebiets führen; derartige Handlungen sind gemäß § 30 BNatSchG und § 27 WHG verboten. Deswegen muss der Bereich südlich des Plangebiets in den nachfolgenden Planungs- und Zulassungsverfahren eingehend auf das Vorhandensein eines möglichen Quellgebiets untersucht werden. Falls ein Quellgebiet vorhanden ist, müssen Handlungen und Maßnahmen ausgeschlossen werden, die das Quellgebiet beeinträchtigen könnten. Dies betrifft auch Handlungen außerhalb des Quellgebietes selbst, welche sich auf die Grundwasserneubildung und das Grundwasserfließen nachteilig auswirken können (siehe dazu Punkt „Oberflächengewässer“). | |
| | Trinkwasser- /Heilquellenschutzgebiet: Das Plangebiet liegt nicht innerhalb eines festgesetzten oder vorläufig gesicherten Trinkwasser-/Heilquellenschutzgebiets. | keine Auswirkungen | |
| | festgesetztes Überschwemmungsgebiet: Das Plangebiet liegt nicht innerhalb eines festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiets. | keine Auswirkungen | |
| | Hochwassergefahren außerhalb von Überschwemmungsgebieten: Für das Plangebiet bestehen weder Hochwassergefahr noch Hochwasserrisiko. | keine Auswirkungen | |
| | Einflussnahme auf Grundwasserhaushalt: Durch die derzeitige Bestandsnutzung liegen Einwirkungen auf die Grundwassersituation vor. | Bei einer zusätzlichen Versiegelung > 1 ha ist mit einer erheblichen Auswirkung auf den Grundwasserhaushalt zu rechnen. | |
| | mittlerer Grundwasserflurabstand: Untersuchungen liegen nicht vor | Detailuntersuchungen liegen nicht vor und sind im weiteren Bebauungsplanverfahren erforderlich. | |
| Fazit | Handlungen im Plangebiet könnten zu einer Beeinträchtigung des Quellgebietes führen. Bei zukünftiger Bebauung und der damit verbundenen ortsnahen Entwässerung kann es zu einer Verschlechterung des ökologischen und chemischen Gewässerzustands kommen. Durch zusätzliche Versiegelung des Plangebietes ist mit erheblichen Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt zu rechnen. Insgesamt ist daher von erheblichen Auswirkungen auszugehen. | | |
| Luft | Luftthygienische Belastungsschwerpunkte: Im Bereich des Änderungsbereichs und im näheren Umfeld ist kein Belastungsschwerpunkt (NO2, PM10) gemäß den im Rahmen der Aufstellung des Luftreinhalteplans durchgeführten Screening-Berechnungen (2009) vorhanden. | Neue Belastungsschwerpunkte werden nicht erwartet. | erheblich |
| | Einschätzung luftthygienische Gesamtsituation: Das Mülheimer Stadtgebiet liegt im Geltungsbereich des Luftreinhalteplans Ruhrgebiet 2011, Teilplan West. Das Plangebiet liegt innerhalb der im Rahmen des Luftreinhalteplans ausgewiesenen Umweltzone. Hinsichtlich der | Es wird kein Einfluss auf die luftthygienische Gesamtsituation bei Durchführung der Planung erwartet. | |

| | | | |
|--------------|--|---|-----------|
| | Luftschadstoffbelastungen durch den Straßen-verkehr, weisen die im Rahmen der Aufstellung des Luftreinhalteplans durchgeführten Screening-Berechnungen (2009), für Abschnitte des Straßennetzes im Umfeld des Plangebietes keine kritischen Belastungen in Bezug auf den Luftschadstoff Stickstoffdioxid oder Feinstaub auf. | | |
| | Durchlüftungsverhältnisse: Das Plangebiet profitiert durch die vorhandene vernetzte Grünstruktur von einer sehr guten Durchlüftung. | Eine Bebauung könnte den Weitertransport der von den südlichen Freiflächen kommenden Kaltluft hindern und insgesamt eine unzureichende Durchlüftung der angrenzenden Siedlungen verursachen. | |
| Fazit | Durch die RFNP-Änderung werden zwar keine lufthygienischen Belastungen durch zusätzliches Verkehrsaufkommen erwartet, allerdings kann die Störung der vorhandenen Grünvernetzung zu einer Verschlechterung der Durchlüftungsverhältnisse führen und damit die lufthygienische Gesamtsituation negativ beeinflussen. Daher wird eine RFNP-Änderung als erheblich bewertet. | | |
| Klima | Last- und Ausgleichsräume: Die Planungshinweise der Klimaaanalyse beschreiben den überwiegenden Teil der Fläche als „Bioklimatischen Ausgleichsraum Wald“. Ein kleinerer Teil umfasst den „Ausgleichsraum Park- und Grünanlagen“, sowie eine versiegelte Fläche des „Lastraums der Gewerbeflächen“. | Bei Durchführung der Planung werden große Teile der vorhandenen Ausgleichsflächen zu Lasträumen mit Wohnbebauung entwickelt. | erheblich |
| | Klimatope und deren Eigenschaften: Das Waldklima unterstützt die Luftregeneration und die Ausfilterung von Schadstoffen. Strahlungs- und Temperaturschwankungen werden gedämpft, die Luftfeuchtigkeit ist erhöht. Das Parkklima gilt als bioklimatisch wertvolle Klimaoase und innerstädtischer Kaltluftproduzent. Das Gewerbeklima führt bei starker sommerlicher Aufheizung zu Hitzestress. Die lokalen Klimaausgleichsräume verfügen über größere zusammenhängende Grünflächen, die Frischluftschneisen begünstigen. | Bei Durchführung der Planung wird die Änderungsfläche dem Klimatop Stadtrandklima zugeordnet. Die meist aufgelockerten Wohnsiedlungen bewirken schwache Wärmeinseln. | |
| | Klimadynamik / Luftaustauschprozesse: Durch die vorhandene Grünvernetzung wird eine Kalt- und Flurwinddynamik von den südwestlichen Grünflächen begünstigt. | Nach Durchführung der Planung kann der Transport der aus Südwesten kommenden Kalt- und Flurwinddynamik verhindert werden und eine unzureichende Durchlüftung der Änderungsfläche verursachen. | |
| | Klimawandelanpassung: Das Plangebiet ist als lokaler Klimaausgleichsraum und wohnnahe Klimaoase schützenswert. Siedlungsbereiche nördlich der Holzstraße zeichnen sich bereits als Wärmeinseln ab. Die vorhandene große zusammenhängende Grünvernetzung begünstigt eine gute Durchlüftung, von der auch angrenzende Siedlungsbereiche profitieren. | Die Störung der Grünvernetzung kann zu einer Verschlechterung der Durchlüftung und der Bildung neuer Wärmeinseln führen. Eine wohnnahe Klimaoase würde stark beeinträchtigt werden. | |
| | Klimaschutz: Der „Bioklimatische Ausgleichsraum Wald“ trägt zur CO2-Bindung bei. | Bei Durchführung der Planung werden große Teile der vorhandenen Ausgleichsflächen zu Lasträumen mit Wohnbebauung entwickelt. Die CO2-Bindung wird stark reduziert. | |
| | | | |

| | | | |
|--|---|--|-----------|
| Fazit | Durch die RFNP-Änderung werden klimatische Ausgleichsräume zu Lasträumen entwickelt. Eine vorhandene Kalt- und Flurwinddynamik wird verhindert und die zur Reduzierung von Wärmeinseln gute Durchlüftung wird beeinträchtigt. Das Plangebiet zeichnet sich als lokale Klimaoase aus. Die RFNP-Änderung und der Eingriff in die vorhandene Grünvernetzung werden klimatisch als erheblich bewertet. | | |
| Mensch, Gesundheit, Bevölkerung | Umweltfaktoren mit Auswirkungen auf Menschen und ihre Gesundheit | | erheblich |
| | Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft: Teilflächen im Nordosten werden als Kleingärten genutzt, diesen Flächen in Randlage der Bebauung kommt Bedeutung für die Abend- und Wochenenderholung zu. Der nordwestliche Änderungsbereich wurde vor der Zwischennutzung für Flüchtlingsunterkünfte als Sport- und Bewegungsflächen (Tennis, Minigolf) genutzt. Im südlichen Sportgelände befand sich ein Aussichtspunkt mit weiten Blickbeziehungen in das Ruhrtal. Angrenzend befindet sich ein Friedhof als Grün- und Erholungsfläche. | Aufgrund der Betroffenheit von Naherholungsflächen und der Störung des vorhandenen Grünverbundes sind die Auswirkungen als erheblich einzustufen. | |
| | Boden: Im Altlastenkataster und aus Bodenuntersuchungen liegen z. T. konkrete Hinweise auf teilweise mehrere Meter mächtige Altablagerungen mit technogenen Beimengungen, diese insbesondere im westlichen und im östlichen Bereich der vorgesehenen Planänderung, vor. | Auswirkungen auf den Menschen können nicht ausgeschlossen werden, im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren ist ein Gutachten erforderlich | |
| | Wasser: Kein Überschwemmungsgebiet, kein Trinkwasserschutzgebiet, keine Trinkwassernotbrunnen vorhanden | keine Auswirkungen | |
| | Luft: Keine Hinweise auf Schadstoffbelastungen | Keine Auswirkungen | |
| | Klima: Es liegt keine bioklimatische Belastungssituation vor. | Durch die Planung wird die vorhandene Grünvernetzung gestört und die Durchlüftung verringert. Die Bildung neuer Wärmeinseln kann nicht ausgeschlossen werden. | |
| | Lärm: Obwohl die Fläche von drei Straßen (Kassenberg, Holzstraße, Heuweg) umgeben ist liegen die Lärmeinwirkungen durch Straßenverkehrslärm auf der Fläche bis dato weitgehend unterhalb der Kartierungsgrenze von LDEN 55 dB(A) der EU-Umgebungslärmrichtlinie. Dies liegt zum einen an der Entfernung und der Topographie zum verkehrlich hochbelasteten Kassenberg (B223) mit ≥ 18.000 Kfz/d als auch an den verkehrlich eher geringen Belastungen von Holzstraße (≥ 3.000 Kfz/d) und Heuweg (≥ 1.400 Kfz/d). Nur im unmittelbaren Einwirkungsbereich der Holzstraße sind derzeit Lärmemissionen LDEN ≥ 55 dB(A) anzunehmen. Dies macht die Fläche grundsätzlich gut geeignet für eine zukünftige Inanspruchnahme als Wohnbaufläche. Zum anderen ist gleichwohl zu berücksichtigen, dass es sich zusammen mit den westlich | Zu berücksichtigen ist, dass es sich zusammen mit den westlich angrenzenden Friedhofsfläche um einen innerstädtischen Kompensationsraum handelt der im wesentlichen Qualitätsmerkmale eines „ruhigen Gebietes“ nach EU-Umgebungslärmrichtlinie trägt, auch wenn eine formale Ausweisung als solches nicht gegeben ist. Die vorgesehene RFNP-Ausweisung ermöglicht eine stärkere Zerschneidung eines lärmarmen Raumes indem neue Quellen hereingetragen werden. | |

| | | | |
|---|---|--|-----------------|
| | angrenzenden Friedhofsfläche um einen innerstädtischen Kompensationsraum handelt der im wesentlichen Qualitätsmerkmale eines „ruhigen Gebietes“ nach EU-Umgebungslärmrichtlinie trägt. | | |
| | Sonstige Emissionen / Immissionen: Allgemein: Trennungsgrundsatz nach § 50 BImSchG: | | |
| | Seveso III: Fläche liegt nicht im Achtungs- bzw. angemessenen Sicherheitsabstand von Seveso III Betrieben | keine Auswirkungen | |
| | Abstandsklassen I-IV gem. Abstandserlass 2007: Fläche liegt nicht im Einflussbereich von Betrieben der Abstandsklasse I-IV gemäß Abstandserlass 2007 | keine Auswirkungen | |
| | Einzelbeurteilungen von Emissionen und Immissionen: | | |
| | Erschütterungen: keine Hinweise | keine Auswirkungen | |
| | Licht: keine Hinweise | keine Auswirkungen | |
| | Geruch: keine Hinweise | keine Auswirkungen | |
| | Elektromagnetische Felder: keine Hinweise | keine Auswirkungen | |
| | Sonstiges: Erdbebenzone 0 | Werden Bauwerke der Bedeutungskategorien III und IV u.a. große Wohnanlagen errichtet, sollte entsprechend den Regelungen nach Erdbebenzone 1 verfahren werden. | |
| Fazit | Erhebliche Auswirkungen sind auf das Schutzgut Mensch, Gesundheit, Bevölkerung zu erwarten. Durch die Planung wird die vorhandene Grünvernetzung gestört und die Durchlüftung verringert. Die Bildung neuer Wärmeinseln kann nicht ausgeschlossen werden. Auch aufgrund der Betroffenheit von Naherholungsflächen und der Störung des vorhandenen Grünverbundes sind Auswirkungen auf den Menschen erheblich. Die vorgesehene RFNP Ausweisung ermöglicht eine stärkere Zerschneidung eines lärmarmen Raumes indem neue Immissionsquellen hereingetragen werden. | | |
| Kultur- und Sachgüter / Kulturelles Erbe | Kulturgüter: | | nicht erheblich |
| | rechtskräftig geschützte Baudenkmäler: keine | Keine Auswirkungen | |
| | rechtskräftig geschützte Bodendenkmäler: keine | Keine Auswirkungen | |
| | rechtskräftig geschützte Denkmalbereiche: keine | Keine Auswirkungen | |
| | Denkmalwerte Sachen / Sachgesamtheiten: keine | Keine Auswirkungen | |
| | Geschützte oder schützenswerte Objekte der Route der Industriekultur: keine | Keine Auswirkungen | |

| | | | |
|--|---|--|----------------|
| | Kulturlandschaftsbereich: Der Änderungsbereich liegt im KLB 081: Ruhrtal zwischen Mülheim und Kettwig“. Kulturlandschaftselemente im Umfeld: Ruhrsandsteinbruch (Steinbruch Rauen), Lederfabrik Abel (seit 2003 Leder- und Gerbermuseum), erhaltene Teile der Lederfabrik Lindgens | Die vorgesehene Planung hat keine Auswirkungen auf den KLB 081 und die genannten Kulturlandschaftselemente. | |
| | Sachgüter: Der Änderungsbereich weist im Nordwesten (d.h. im Bereich der geplanten Wohnbaufläche) größtenteils eine bauliche Vorprägung auf. Hier bestehen im Wesentlichen Flüchtlingsunterkünfte auf früheren Sportflächen (Minigolfanlage, Tennisaußenfelder), eine ehemalige Tennishalle mit Parkplatz und eine Kleingartenanlage. Bei der Errichtung der Flüchtlingsunterkünfte wurden die Minigolfanlage und die Tennisaußenfelder vollständig abgetragen. | Die temporär errichteten Flüchtlingsunterkünfte und die ehemalige Tennishalle sollen zugunsten einer neuen Wohnbebauung abgerissen werden. Da diese Gebäude nicht mehr benötigt werden oder erhaltenswert sind, sind diese Auswirkungen unerheblich. | |
| Fazit | Der Bestand der geschützten Kultur- und Sachgüter ist durch diese Änderung nicht gefährdet. Die Auswirkungen auf das Schutzgut werden daher insgesamt als nicht erheblich bewertet. | | |
| | | | |
| Natura 2000 / FFH-Prüfung | Das FFH-Gebiet DE-4507-301 „Ruhraue in Mülheim“ befindet sich rund 650 m südöstlich des Änderungsbereichs und ist über den Steinbruch Rauen und die Ruhraue landschaftlich verbunden. Beeinträchtigungen des Gebietes sind durch die RFNP-Änderung nicht zu erwarten. Auswirkungen auf Arten des Anhangs IV der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-RL Anhang IV), die in Beziehung zwischen Änderungsbereich und FFH-Gebiet stehen, werden in der ASP 1 und der Prüfung im nachgelagerten Bauleitplanverfahren betrachtet. | | nicht relevant |
| | | | |
| Risiken / Auswirkungen im Fall schwerer Unfälle oder Katastrophen | Prüfung Seveso III: Fläche liegt nicht im Achtungs- bzw. angemessenen Sicherheitsabstand von Seveso III Betrieben | | relevant |
| | Leitungstrassen gem. Rohrfernleitungsverordnung: keine Leitungstrassen vorhanden | | |
| | Hochwassergefährdung: Es besteht weder eine Hochwassergefahr noch ein Hochwasserrisiko | | |
| | Erdbebengebiet: Das Plangebiet liegt in der Erdbebenzone 0. Innerhalb der Erdbebenzone 0 müssen gemäß DIN 4149 für übliche Hochbauten keine besonderen Maßnahmen hinsichtlich potenzieller Erdbebenwirkungen ergriffen werden. Sollen Bauwerke der Bedeutungskategorien III und IV u.a. große Wohnanlagen errichtet werden, sollte entsprechend den Regelungen nach Erdbebenzone 1 verfahren werden. | | |
| Fazit | Das Plangebiet liegt in der Erdbebenzone 0 für die bei bestimmten Planungen entsprechend den Regelungen nach Erdbebenzone 1 verfahren werden sollte. | | |
| | | | |
| Wechselwirkungen und kumulative Auswirkungen | Aus der Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern ergeben sich keine zusätzlichen Gesichtspunkte für die Bewertung der Umweltauswirkungen. Kumulative Wirkungen durch weitere Planungen in einem engen räumlichen Zusammenhang sind nicht gegeben. | | |
| Auswirkungen bei Nichtdurchführung der Planung | Bei Beibehaltung des bestehenden Planungsrechts müssten Vorhaben konform mit den Festlegungen BSN und BSLE gehen. Anforderungen an den Erhalt einer ausreichenden Freiraum- und Biotopverbundachse wären in der Fläche höher. Sportliche Einrichtungen und Kleingartennutzungen innerhalb der BSLE-Darstellung wären zulässig, müssten jedoch bei Veränderungen/Ausweitungen in ihren Auswirkungen insbesondere auf den Artenschutz untersucht werden. | | |

| | |
|---|--|
| Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich | <p>Im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren sind hinsichtlich des Schutzgutes Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft folgende Maßnahmen zu berücksichtigen:</p> <p>Planungen innerhalb des ASB haben den „Umfeldschutz“ des Naturschutzgebietes zu beachten. Neben dem unmittelbaren Schutz der im Landschaftsplan festgesetzten Fläche sind auch nachhaltige Störungen von außen auf ein Naturschutzgebiet verboten.</p> <p>Zur Gewährleistung einer ausreichenden Biotopverbundfunktion ist ein mindestens 100 m breiter Korridor zwischen Steinbruch und Friedhof zu erhalten und zu entwickeln (Mindestanforderung). Auswirkungen auf den Biotopverbund sind im Weiteren gutachterlich zu überprüfen. Bebauungsplan-interne Ausgleichsmaßnahmen zur qualitativen und flächenmäßigen Verbesserung des Verbundes sind zu prüfen. Zur Stützung des Biotopverbundes ist auf eine gute Durchgrünung der Siedlungsflächen hinzuwirken. Eingriffe im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind unter Nutzung des ökologischen Potenzials durch Maßnahmen zur nachhaltigen Absicherung und Verbesserung des Biotopverbundes planintern auszugleichen.</p> <p>Bauliche Entwicklungen im ASB haben ausreichende Abstandsflächen zu den Waldflächen einzuhalten. Die Umwandlung vorhandener Waldbestände zu Waldrändern verursacht Eingriffe und ist zu vermeiden.</p> <p>Entsprechend der ASP 1 sind weitere Untersuchungen zum Artenschutz erforderlich, Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich sind frühzeitig zu ermitteln und zu berücksichtigen.</p> <p>Zur Stützung des Biotopverbundes ist auf eine gute Durchgrünung der Siedlungsflächen hinzuwirken. Eingriffe im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind unter Nutzung des ökologischen Potenzials durch Maßnahmen zur nachhaltigen Absicherung und Verbesserung des Biotopverbundes planintern auszugleichen.</p> <p>Die Grünvernetzung mit den südwestlich vorhandenen Strukturen ist zu erhalten und durch Grünzüge weiter auszubauen. Eine Entwicklung zu parkähnlichen Freiflächen mit Wald-, Gehölz- und Wiesenflächen ist anzustreben, diese dient der Unterstützung der Luftregeneration und Filterfunktion.</p> <p>Für die Bereiche, in denen zukünftig eine Überbauung/Versiegelung geplant ist, sind im weiteren Planverfahren Bodenuntersuchungen erforderlich. Auf dieser Grundlage könnte dann über die Erfordernis und den Umfang von Ausgleichsmaßnahmen entschieden werden.</p> |
| Alternativenprüfung | <p>Aufgrund der angrenzenden Wohnbebauung, der günstigen Versorgungslage (auch bzgl. sozialer Infrastruktur) und der Anbindung an den ÖPNV ist der nördliche Änderungsbereich für Wohnzwecke geeignet.</p> <p>Die Alternative einer gewerblichen Entwicklung des Areals erscheint aufgrund der Nähe zur bestehenden Wohnnutzung städtebaulich nicht sinnvoll. Mit der Bereitstellung von Wohnbauflächen auf den bereits baulich vorgeprägten Flächen wird eine Inanspruchnahme von unbebauten Freiraumflächen zur Deckung des hohen Wohnbauflächenbedarfes vermieden. Eine alternative Freiraumentwicklung des gesamten Areals wird daher nicht verfolgt.</p> |
| Monitoring | <p>Nach § 4 c des Baugesetzbuches, dem § 8 (4) Raumordnungsgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 45 UVPG) sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Pläne und Programme auf die Umwelt zu überwachen, um insbesondere frühzeitig unvorhergesehene, negative Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können.</p> <p>Das Monitoringkonzept für den RFNP (Gesamtplan) ist so aufgebaut, dass mit Hilfe von unterschiedlichen Bausteinen die gesamtträumlichen Auswirkungen der Planung erfasst werden können (siehe auch Kapitel 11.2 des Umweltberichts im Rahmen der Aufstellung des RFNP i. d. F. der Bekanntmachung).</p> <p>Der erste Baustein umfasst die Ermittlung und Bewertung der steuerungsrelevanten Daten und Indikatoren. Bei der Durchführung des Monitorings wird dann im Einzelfall überprüft, ob die in der genehmigten Fassung festgelegten Überwachungsinstrumente oder Indikatoren an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Es können jeweils nur die Indikatoren herangezogen werden, für die zu dem Zeitpunkt des Monitorings aktuelle Informationen vorliegen. Indikatoren sind u. a. die Änderung der Flächengröße bei Schutzgebieten, die Inanspruchnahme naturnaher u. schutzwürdiger Böden sowie die Veränderung der Bodenbelastung, der Gewässerzustände / Qualitäten, der lufthygienischen Situation, der klimatischen Last- und Ausgleichsräume, der Lärmsituation, von Bau- u. Bodendenkmälern und Kulturlandschaftsbereichen, des Verhältnisses Siedlungs- u. Verkehrsflächen zu Freiflächen der Realnutzung.</p> <p>Der zweite Baustein nutzt die Abschichtung von Informationen über potenzielle Umweltauswirkungen aus nachgeordneten Planverfahren. Die Durchführung des RFNP erfolgt in nachgeordneten, konkretisierenden Planungs- und Realisierungsstufen, sodass (unvorhergesehene) erhebliche Umweltauswirkungen frühestens im Rahmen der nachfolgenden Planungsstufen erkennbar werden und erst mit deren Durchführung tatsächlich eintreten. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können somit erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. nachfolgenden Planungs- u.</p> |

| | |
|---|---|
| | <p>Genehmigungsebenen festgelegt werden. Sofern sich eine Relevanz ergibt, fließen die dortigen Ergebnisse wiederum in das Monitoring zum RFNP ein.</p> <p>Der dritte Baustein des Monitorings umfasst die Nutzung der Informationspflicht der Behörden, die nach § 4 (3) BauGB verpflichtet sind, die Gemeinde über erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen zu unterrichten.</p> <p>Gehen Hinweise auf durch die Planung ausgelöste, unvorhersehbare nachteilige Umwelt-auswirkungen bei der Planungsgemeinschaft (Geschäftsstelle) ein oder werden Hinweise im Rahmen der Informationspflicht der Behörden abgegeben, so wird diesen nachgegangen.</p> <p>Zur Auswertung der ermittelten Daten werden über die aufgeführten umweltrelevanten Daten hinaus die Ergebnisse der Raubeobachtung herangezogen. Bei Bedarf wird innerhalb der Planungsgemeinschaft eine Monitoringkonferenz durchgeführt, um zu ermitteln, welche Relevanz die festgestellten Umweltauswirkungen für den RFNP haben.</p> <p>Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden als "gesamträumliche Betrachtung" ebenfalls im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben.</p> <p>Das Monitoring des RFNP begann gemäß genehmigter Fassung erstmalig sechs Jahre nach Rechtswirksamkeit des Planes, d. h. 2016 und wurde im August 2017 fertiggestellt.</p> |
| Gesamtbeurteilung Fazit | <p>Die Auswirkungen durch die geplante Änderung werden aufgrund der erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter „Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt“, „Fläche“, „Boden“, „Wasser“, „Luft“, „Klima“ insgesamt als erheblich eingestuft.</p> <p>Das Schutzgut „Tiere, Pflanzen biologische Vielfalt, Landschaft“ ist insbesondere wegen der Betroffenheit von Bereichen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung, möglichen Auswirkungen auf besonders und streng geschützte Tier- und Pflanzenarten und dem hohen ökologischen Potenzial des Änderungsbereichs als erheblich eingestuft worden. Durch die geplante Bebauung und der damit verbundenen ortsnahe Entwässerung kann es zu einer Verschlechterung des ökologischen und chemischen Gewässerzustands kommen. Durch zusätzliche Versiegelung des Plangebietes ist darüber hinaus mit erheblichen Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt zu rechnen. Die Störung der vorhandenen Grünvernetzung kann zu einer Verschlechterung der Durchlüftungsverhältnisse führen und damit die lufthygienische und klimatische Gesamtsituation negativ beeinflussen.</p> <p>Maßnahmen zur Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich sind hinsichtlich des Schutzgutes „Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt“ und des Schutzgutes „Boden“ im nachgelagerten B-Planverfahren zwingend erforderlich. .</p> |
| Hinweise auf Schwierigkeiten / verwendete Verfahren / Bemerkungen / Sonstiges: | <p>Es gab keine Hinweise auf Schwierigkeiten</p> |

Allgemeinverständliche Zusammenfassung:

Der insgesamt ca. 6,3 ha umfassende Änderungsbereich befindet sich im Stadtteil Broich, westlich des Steinbruchs Rauen und östlich des Broicher Friedhofs und schließt südlich an den Broicher Siedlungsbereich an. Der Änderungsbereich umfasst im Wesentlichen Flüchtlingsunterkünfte auf früheren Sportflächen (Minigolfanlage, Tennisaußenfelder), eine ehemalige Tennishalle mit Parkplatz und eine Kleingartenanlage. Da die Flüchtlingsunterkünfte und die ehemalige Tennishalle nicht mehr benötigt werden, soll der Broicher Siedlungsbereich durch eine wohnbauliche Entwicklung nach Süden erweitert werden.

Die RFNP-Änderung soll die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die zukünftig vorgesehene wohnbauliche Entwicklung schaffen. Da sich die geplante Nutzung nicht aus den gegenwärtigen Darstellungen und Festlegungen des Regionalen Flächennutzungsplans entwickeln lässt, sind diese im nordwestlichen Bereich in Wohnbaufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) zu ändern. Die verbleibende Grünfläche / AFAB im östlichen Änderungsbereich soll als Grünzäsur zwischen der zukünftigen Wohnbaufläche / ASB und der bestehenden Gewerblichen Baufläche / ASB des Steinbruchs im RFNP gesichert bleiben.

Die vorangegangene Umweltprüfung zur geplanten Änderung ergab, dass die Auswirkungen des Vorhabens insgesamt erheblich sein werden, da erhebliche Auswirkungen auf die Schutzgüter „Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft“, „Fläche“, „Wasser“, „Luft“ und „Klima“ zu erwarten sind.

So sind die Auswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen biologische Vielfalt, Landschaft“ insbesondere wegen der Betroffenheit von Bereichen zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung, möglichen Auswirkungen auf besonders und streng geschützte Tier- und Pflanzenarten sowie dem hohen ökologischen Potenzial des Änderungsbereichs als erheblich einzustufen. Durch die geplante Bebauung und der damit verbundenen ortsnahe Entwässerung kann es zu einer Verschlechterung des

ökologischen und chemischen Gewässerzustands kommen. Die zusätzliche Versiegelung des Plangebietes kann zu erheblichen Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt führen. Darüber hinaus kann die Störung der vorhandenen Grünvernetzung auch zu einer Verschlechterung der Durchlüftungsverhältnisse führen und damit die lufthygienische und klimatische Gesamtsituation negativ beeinflussen.

Maßnahmen zur Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich sind hinsichtlich des Schutzgutes „Tieren, Pflanzen, biologische Vielfalt“ und des Schutzgutes „Boden“ im nachgelagerten Verfahren zwingend erforderlich. Hierzu sind Gutachten (u.a. Bodengutachten, Gutachten zur Auswirkungen auf den Biotopverbund, Altlastengutachten) zu erstellen, auf deren Grundlage dann entsprechende Maßnahmen frühzeitig berücksichtigt werden können.

Planungen innerhalb des ASB haben den „Umfeldschutz“ des Naturschutzgebietes zu beachten. Neben dem unmittelbaren Schutz der im Landschaftsplan festgesetzten Fläche sind auch nachhaltige Störungen von außen auf ein Naturschutzgebiet verboten.

Zur Gewährleistung einer ausreichenden Biotopverbundfunktion ist ein mindestens 100 m breiter Korridor zwischen Steinbruch und Friedhof zu erhalten und zu entwickeln (Mindestanforderung). Auswirkungen auf den Biotopverbund sind im Weiteren gutachterlich zu überprüfen. Bebauungsplan-interne Ausgleichsmaßnahmen zur qualitativen und flächenmäßigen Verbesserung des Verbundes sind zu prüfen. Zur Stützung des Biotopverbundes ist auf eine gute Durchgrünung der Siedlungsflächen hinzuwirken. Eingriffe im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind unter Nutzung des ökologischen Potenzials durch Maßnahmen zur nachhaltigen Absicherung und Verbesserung des Biotopverbundes planintern auszugleichen. Bauliche Entwicklungen im ASB haben ausreichende Abstandflächen zu den Waldflächen einzuhalten. Die Umwandlung vorhandener Waldbestände zu Waldrändern verursacht Eingriffe und ist zu vermeiden.

Entsprechend der ASP 1 sind weitere Untersuchungen zum Artenschutz erforderlich, Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich sind frühzeitig zu ermitteln und zu berücksichtigen.

Zur Stützung des Biotopverbundes ist auf eine gute Durchgrünung der Siedlungsflächen hinzuwirken. Eingriffe im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind unter Nutzung des ökologischen Potenzials durch Maßnahmen zur nachhaltigen Absicherung und Verbesserung des Biotopverbundes planintern auszugleichen.

Die Grünvernetzung mit den südwestlich vorhandenen Strukturen ist zu erhalten und durch Grünzüge weiter auszubauen. Eine Entwicklung zu parkähnlichen Freiflächen mit Wald-Gehölz- und Wiesenflächen ist anzustreben, diese dient der Unterstützung der Luftregeneration und Filterfunktion.

Für die Bereiche, in denen zukünftig eine Überbauung/Versiegelung geplant ist, sind im weiteren Planverfahren Bodenuntersuchungen erforderlich. Auf dieser Grundlage könnte dann über die Erfordernis und den Umfang von Ausgleichsmaßnahmen entschieden werden.

Stand: 11.08.2022

Referenzliste der Quellen für den Umweltbericht (BauGB Anlage 1 Nr.3 Buchstabe d)

Gesetzliche Grundlagen / Verordnungen / Erlasse / Verwaltungsvorschriften, in der jeweils geltenden Fassung:

- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG)
- Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Artenschutz bei Planungs- oder Zulassungsverfahren (Runderlass des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW)
- Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben (Gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW)
- Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG NRW)
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG)
- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)
- Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz – DSchG)
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz)
- Wassergesetz für das Land Nordrhein- Westfalen (Landeswassergesetz – LWG)
- Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm – Umgebungslärmrichtlinie
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG)
- Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsgesetzes (Störfallverordnung – 12. BImSchV)
- Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV)
- Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm)
- Vierunddreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Lärmkartierung – 34. BImSchV)
- Neununddreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmenge - 39. BImSchV)

Sonstige Datenquellen

Geologisches Landesamt Nordrhein-Westfalen:

- Bodenkarte von Nordrhein-Westfalen im Maßstab 1:50.000 (BK 50)
- Digitales Informationssystem Bodenkarte, Karte der schutzwürdigen Böden (aktueller Stand)

- Geotop-Kataster NRW
- Karte der Erdbebenzonen

LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW),

- Biotopkataster (aktueller Stand)
- Erhaltungszustand und Populationsgröße der Planungsrelevanten Arten in NRW (aktueller Stand)
- Fachbeitrag des Naturschutzes zum RFNP, Themenkarte Freiraum- und Biotopverbund (2009)
- Fachinformationssystem (FIS / diverse Themen) <https://www.lanuv.nrw.de/landesamt/daten-und-informationsdienste/infosysteme-und-datenbanken>
- Belastungskarte Ruhrgebiet (2010)
- Luftreinhalteplan Ruhrgebiet 2011, Teilplan West, Stadtgebiet Mülheim an der Ruhr (Stand 2019)
- Regionalverband Ruhr (RVR)
- Stadtgebiet Essen (Stand 2019)

Regionalverband Ruhr (RVR)

- Regionale Klimafunktionskarte, RVR (RFNP Themenkarte, Dezember 2009)
- KlimaFIS
- Handbuch Stadtklima (2010)
- Realnutzungskartierung (2015)
- Atlas der Industriekultur Ruhrgebiet (2005)
- Emscher Landschaftspark 2010/2020+ (2005 / 2014)

LVR / LWL (Landschaftsverband Rheinland, Landschaftsverband Westfalen-Lippe)

- Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Ruhr, (2014)

Emschergenossenschaft

- Grundwassermodell (2012)

Regionaler Flächennutzungsplan Städteregion Ruhr (RFNP), Mai 2010, (zuletzt geändert 17.02.2020)

Stromnetzkarte auf Basis von OSM-Daten flosm.de

Stadt Mülheim an der Ruhr

- Altlastenkataster der Stadt Mülheim an der Ruhr (aktueller Stand)
- Landschaftsplan der Stadt Mülheim an der Ruhr (2005, zuletzt geändert 2016)
- Energetischer Stadtentwicklungsplan der Stadt Mülheim an der Ruhr (2016)
- Stadtklimaanalyse der Stadt Mülheim an der Ruhr (2018)
- Gewässerzustandsbericht der Stadt Mülheim an der Ruhr (2016)
- Kartierungen zur EU-Umgebungslärmrichtlinie (II-Stufe 2011)
- Stadtökologischer Fachbeitrag Mülheim an der Ruhr - STÖB (LANUV NRW, 2008)

Gutachten

- Fachbeitrag zur ASP I, Büro für Landschafts- und Freiraumplanung - Leser . Albert . Bielefeld GbR (09.07.2020)